

2. April02

GV SP- STEIN

20.00 Uhr. im Rest. Rheinfels Stein

Ich bin nun mittlerweile das 5. Jahr im Grossen Rat. Nach anfänglichen Integrationsschwierigkeiten in der Fraktion und auch etwas überrollt, durch die Vielfältigkeit der politischen Arbeit, habe ich so nach etwa einem Jahr, Tritt gefasst. Bis ich aber lernte, wie der Hase läuft, bin ich in manches „Fettnäpfchen“ getreten. Ebenfalls 5 Jahre bin ich Mitglied der BPK, welche zuständig ist für Bau- und Nutzungs- und Kulturlandzonen, für Nutzungsordnungen, aber auch für Bauzonengrössen, für Tief- und Strassenbau und alle Belange des Richtplanes. Im weiteren bin ich auch Mitglied des SP Fachausschuss; Umwelt, Raum -planung, Verkehr, Landwirtschaft und Gewässer. Ich bin im weiteren Mitglied einer überparteilichen Grossratsvereinigung zum Schutz der Regionen und Delegierter der SP- Schweiz. Nach dem wir bei den letzten Wahlen im Kanton, schmerzhaft 12 Grossratssitze verloren haben, was einem Wählerminus von 3,8% entspricht, ist die Arbeit im Grossen Rat nicht nur schwieriger, sondern sogar fast unmöglich geworden. Auch ist das politische Klima härter, verbissener und teilweise vergiftet. Die Mehrheitsverhältnisse sind so krass, dass selbst mit einem (was ohnehin immer seltener möglich ist) zusammenspannen mit der CVP eine Mehrheit in weite Ferne gerückt ist. Am allerschlimmsten wirkt sich dies in der Kommissionsarbeit aus, wo früher noch ab und an ein Erfolg unsererseits durch die Zusammensetzung der Parteistärken möglich war. Früher; 4 SP, 4 SVP, 3 FDP, 3 CVP, 1 FP, 1 Grüne und 1 EVP. Heute: 2 SP, 5 SVP, 3 FDP, 2 CVP, und 1 Grüne. Die Übermacht der bürgerlichen Parteien zeigt sich auch daran, wieder Gruppendruck vorab bei der SVP nach innen wirkt. Durch ihre Grösse, finden sie keine Zeit mehr, auf jedes Geschäft in ihrer Fraktion im Detail einzugehen, dafür bildeten sie so- genannte Fachkommissionen mit je ca. 12-15 Personen, welche diese Geschäfte vorberaten und in der Fraktion dann Antrag stellen. Wie wirksam dies jedoch ist, zeigte sich bei der Beratung meines Postulates zur NK 495 (Industriezubringer Möhlin/Rheinfelden, Umfahrung Spital) Die zuständige Fachkommission Bau-Umwelt und Verkehr der SVP stimmte nämlich meinem Postulat einstimmig zu. In der Fraktionssitzung kippte

dann die Meinung auf Druck der Sparapostel und aus parteipolitischen Überlegungen. Die sogenannte Fachkommission konnte sich also nicht durchsetzen, änderte sodann brav ihre Meinung und die SVP stimmte dann auch fast geschlossen gegen den sofortigen Bau dieser Strasse. Im persönlichen Gespräch mit einem SVP- Vertreter musste ich dann auch noch erfahren, dass dieses Postulat eben auch aus der „falschen Ecke“ gekommen sei. Ein weiteres Beispiel, von vielen, welches ich erlebte ist dies; Bei der ersten BPK- Sitzung in neuer Zusammensetzung, mit dieser neuen Kräfteverteilung, stand unter anderem die Bau- und Nutzungsplanung einer Gemeinde im Freiamt auf der Traktandenliste. Beim Aktenstudium stellte ich fest, dass speziell bei der Neuzuteilung der Bauzone Differenzen und Überschneidungen sowie ungereimtes, sich widersprechendes und auch juristisch fragwürdiges bei der Beurteilung der Botschaft vorhanden ist. Auch standen sich Privat- und Gemeindeinteresse diametral gegenüber, wobei mir auch da nicht ganz klar war wer nun und weshalb Recht haben soll. Auch ging es um die Einzonung eines recht heiklen Gebietes welches landschaftsschützerisch von grosser Bedeutung war. Ich stellte daher gleich zu Beginn der Sitzung den Antrag, dieses Traktandum abzusetzen und vorgängig mit dem Gemeinderat dieser Gemeinde und den betroffenen Grundeigentümer ein Gespräch zu führen und das zur Einzonung anstehende Gebiet vor Ort anzusehen und erst dann die Diskussion darüber zuführen damit wir nicht zu Schreibtischtätern verkommen. Mein Antrag wurde mit 11:2 Stimmen abgeschmettert Als dieses Traktandum dann an die Reihe kam und die Mitglieder ihre ungelesenen Unterlagen hervor nahmen, ergab sich nach kurzer Diskussion folgender einstimmiger Beschluss; Das Traktandum wird vertagt. Man sucht zuerst das Gespräch mit dem Gemeinderat und den betroffenen Grundeigentümer Das fragliche Gebiet wird vor Ort begutachtet und erst dann wird entschieden. An diesem Beispiel seht ihr, dass zuerst einmal alles was von SP Seite herkommt, grundsätzlich abgelehnt wird, was meiner Arbeit natürlich wahnsinnig entgegenkommt und riesige Befriedigung auslöst. Es gibt in dieser BPK aber auch urkomische und hirnrissige Entscheide wie diesen; Früher war die BPK für alle Bau- und Nutzungsplanungen gemäss Raumplanungsgesetz, zuständig. Nachdem jedoch mit Ausnahme von wenigen Gemeinden, alle ihre Bau- und Nutzungsplanungen dem neuen RPG angepasst haften, entfielen auf die BPK nur noch viele kleine Änderungen von Zonengrenzen in der Grössenordnung von wenigen Aren. Dies führte zu

einem regelrechten Stau an entscheidungsbedingten Änderungen und deren Behandlung dauerte unverhältnismässig lang. Der Grosse Rat bewilligte deshalb ein Dekret, welches dem Regierungsrat die Kompetenz zuwies, vorab zeitlich beschränkt, (weil man ja misstrauisch ist) bis Ende 2001, diese kleinen Änderungen selber zu beurteilen. Als Ausnahme verblieben sind richtigerweise jene Gemeinden welche ihre Bau- und Nutzungsplanungen noch nicht dem RPG konform angepasst haben. Da nun dieses Dekret auf den 31.12.01 befristet war und dann, seine Gültigkeit verliert, schlug der Regierungsrat in einer Botschaft im November01 vor, dieses Dekret aufzuheben und die darin enthaltenen Kompetenzen künftig, wie gehabt, selber wahrzunehmen. Unsere vorberatende BPK stimmte diesem vorgehen EINSTIMMIG zu. Genau 2 Wochen später kam dann diese Vorlage vor den Grossen Rat, weit die Zeit drängte. Ich selber machte mich vor dem Rat, als erster Redner, noch stark und würdigte die Vorlage auch mit dem Hinweis, dass was eigentlich sonst selten eintrifft, die BPK einstimmig hinter dieser Botschaft stünde. Doch oha, aus jeder Fraktion meldete sich plötzlich je ein Mitglied der BPK und bekämpfte diese Vorlage. Zu wenig Einflussmöglichkeiten des Grossen Rat, Verlust der Gemeindeautonomie, Schwächung der Bauwilligen und abgrundtiefes Misstrauen gegenüber der Regierung waren die Befürchtungen und Begründungen. Ich frage mich da, was sind das für Mannen, welche an einer BPK Sitzung, an der sämtliche Fakten, Tatsachen und Erklärungen sowie Statistiken, zur Meinungsbildung vorlagen, JA sagen und dann, wohl auf Druck ihrer Fraktionen, den „Dingsbums“ da unten einziehen und ihre eigenen Argumente welche sie zu diesem JA bewogen haben, im Grossen Rat bekämpfen? - Das sind nur kleine „Müsterchen“, welche aufzeigen sollen, wie enorm schwierig die Zusammenarbeit mit solchen Parlamentariern ist. Auch ist in dieser BPK längst keine Rede mehr vorn nachhaltigem Umgang mit unserem Boden. Die Raumplanung wird auch nicht mehr einer Gesamtbeurteilung unterzogen sondern es wird nur noch den Wünschen von Bauwilligen und Gemeindeinteressen entsprochen.

Ich bin von Ruedi Rüeeggesser angefragt worden, noch etwas zum von der SVP beherrschten Thema Sicherheit, heute Abend, zu sagen. Zu diesem komplexen Thema zuerst etwas Grundsätzliches; Die Kriminalität ist im Kanton Aargau stabil. Auch wenn die Kriminalstatistik 2001 sogar einen leichten Rückgang aufweist, so wird doch noch jede Viertelstunde im Kanton eine Straftat begangen. Dies ergibt knapp 34'000 Delikte nach

Strafgesetzbuch. Dies ist natürlich viel. Die Gründe dazu sind sehr vielschichtig. Ich erlaube mir, heute nur, auf zwei, mir wichtig scheinende Punkte einzugehen. Es sind dies, das Polizeiwesen und die Ausländerproblematik. Wobei ich das Wort Ausländer -problematik nicht einfach negativ besetzt verstanden haben möchte. Es wird aber als solches in der Bevölkerung wahr genommen. Zur Polizei; Tatsache ist, dass unser Kanton, als doch viertgrösster Kanton der Schweiz, die niedrigste Polizeidichte im ganzen Land aufweist Nirgendwo sonst in der Schweiz kommen auf so viele Einwohner so wenig Polizisten. Die SVP, welche das Sicherheitsproblem immer so stark gewichtet und hervorhebt, ist jedoch nicht bereit, zusätzliche Stellen zu bewilligen. Sie streicht sogar die Mittel, für einen modernen, grenzüberschreitenden kantonalen Polizeifunk und streicht auch das Geld für die Durchführung einer zusätzlichen PolizeIRS. Auch scheint es ihnen egal zu sein, wenn immer häufiger Polizisten den Kanton verlassen, da sie andernorts nicht nur mehr verdienen, sondern auch weniger Überzeit verrichten müssen und mit weniger Stress und Hektik konfrontiert werden. Unsere Polizisten laufen am Limit, sind überfordert und unterbezahlt. Dass sogar Polizisten aktiv an Lohndemonstrationen teilnehmen, zeigt, wie gravierend der heutige Zustand bereits ist. So lässt sich natürlich kein Sicherheitsdispositiv aufbauen und auf hohem Niveau halten. Auch mit dem vom Regierungsrat vorgeschlagenen Projekt „Horizont 2003“ wird sich daran nichts ändern. Da sollen die Aufgaben der Kantonspolizei zwar gezielt entlastet werden, um mehr Ressourcen für den Kernbereich ihrer Aufgaben zu schaffen. Die Gemeinden müssen dann jedoch selber schauen, wie sie den Herausforderungen an Schutz und Ordnung nachkommen können. Das wird euer Dorf noch speziell beschäftigen, ist doch bereits von einer Schliessung des Polizeiposten Stein die Rede.

- Der zweite Punkt betrifft den hohen Ausländeranteil bei den Straftätern, welcher zwar auch leicht von 38-auf 37% zurückgegangen ist. Wenn man dabei aber weiter betrachtet, dass 24% aller Straftäter im Kanton und ich brauche hier bewusst, die männliche Form, aus Jugoslawien stammen, kann man das weit herum vorhandene Misstrauen gegen diese Staatsbürger doch etwas verstehen. Dass diese aus einem anderen Kulturkreis stammende Bevölkerungsschicht uns und, vorab unseren Mädchen und Frauen gegenüber, eine oftmals despektierliche Haltung einnimmt, macht die ganze Situation noch schwieriger. Wir als SP dürfen diese unbefriedigende Tatsache nicht einfach schön reden, dürfen aber

auch nicht dramatisieren. Wir müssen aber diesem Umstand Rechnung tragen und dementsprechend, auch den Mut haben, zu reagieren. Dies unter anderem mit dem Aufstocken des Polizeikorps, dem Durchsetzen unseres Rechtssystems und, mit einer wirksamen Integration und einer kontrollierten Einwanderungspolitik. Mit dem über 20% AusländerInnenanteil wurden zweifellos Überfremdungsängste wachgerufen und die wirksame Integrationsfähigkeit stark strapaziert. Damit aber eine Integration überhaupt möglich wird, muss die Zahl der Zuwanderungen von ausserhalb der EU-Staaten begrenzt werden. (Die beiden völkerrechtlich geregelten Zuwanderungsautomatismen im Asylrecht und bei der EU-Personalfreizügigkeit, stehen hier nicht zur Diskussion) Zudem sollten auch Gesuche, welche in EU- Staaten abgelehnt wurden, auch bei uns als abgelehnt gelten. Ich verstehe die gesellschaftliche Integration sowohl als Recht, wie auch als PFLICHT. Es braucht meines Erachtens dabei einen Mindeststandard, auch, oder gerade für die Sprachbildung der zugewanderten Ausländerinnen und zwar auch, auch für die Nichterwerbstätigen.

Ich möchte zum Schluss kommen. - Überall wo Probleme des alltäglichen Lebens entstehen, gilt es nach tragbaren, gerechten und auch praktikablen Lösungen zu suchen. Dazu sind aber auch die nötigen Mittel und das dafür nötige Personal zur Verfügung zu stellen. Genau dies verweigert aber die SVP, die Schweizerische Verhinderungs Partei, zusammen mit ihrem Junior-partner der FDP, der Freunde des Profits. Langfristiges Denken und Planen, ist eh nicht ihre Stärke, nur kurzfristige Gewinne und sparen um jeden Preis und dies, koste es was es wolle. Ich glaube, wenn die SVP könnte würde sie sogar im Märchenbuch bei Schneewittchen, diesem noch 3 Zwerge entlassen, weil doch 4 Zwerge nach SVP- Vorstellung, absolut genügen würden.

Wir als Mitglieder, als Sympathisantinnen und Sympathisanten, der Sozialdemokratischen Partei sind daher aufgerufen, jetzt und mit aller Deutlichkeit, Gegensteuer zu geben. Wir müssen uns beherzt und engagiert zur Wehr setzen, gegen die unsoziale, schädliche und gefährliche Politik der bürgerlichen Parteien. Wir müssen uns einsetzen und kämpfen für unsere Grundwerte, die Grundwerte der Sozialdemokratie und dies für unsere Kinder, für uns selber, und für unsere gemeinsame Zukunft. - Packen wir's an.

In diesem Sinn bedanke ich mich für's zuhören und stehe euch gerne noch für Fragen zur Verfügung.

Merci

Roland Agustoni, Grossrat Magden